STIFTUNG Marktwirtschaft

12. Kadener Gespräch

Tagungsbericht

Wachstumsagenda 2030

Welche Reformen bringen Deutschland wieder nach vorn?

Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 23. Mai 2025 auf Gut Kaden

Hintergrund

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich nach mehreren Jahren der Rezession in keiner guten Verfassung. Sie steckt in der längsten wirtschaftlichen Schwächephase seit 1949. Die deutsche Wirtschaftsleistung bleibt klar unter ihren Möglichkeiten und hinter den Entwicklungen vergleichbarer Industrienationen zurück. Die Ursachen der anhaltenden Wirtschaftskrise sind jedoch kaum konjunktureller, sondern struktureller Natur. Deutschland braucht daher eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik – eine „Wachstumsagenda 2030“, die angesichts lange vernachlässigter Probleme sowie neuer geopolitischer Risiken viele Themen parallel adressieren muss.

Doch welche Strukturreformen sollte die neue Bundesregierung im Rahmen einer solchen Wachstumsagenda dringend angehen? Wie hilfreich ist die geplante Rekordneuverschuldung des deutschen Staates, der in den kommenden Jahren massiv in die Infrastruktur und Verteidigung investieren will? Wie gelingt eine in die Zukunft gerichtete Politik, die statt zu mehr Staatswachstum nachhaltig wieder zu mehr Wirtschaftswachstum führt, Investitionen und Innovationen ermöglicht sowie fiskalische Tragfähigkeit und Generationengerechtigkeit gewährleistet?

The Pioneer-Herausgeber **Gabor Steingart** moderierte die Tagung.

Dr. Lutz Peters, Gastgeber des Expertengesprächs auf Gut Kaden, und **Prof. Dr. Michael Eilfort** bei der Begrüßung der Gäste.

Diese und weitere Fragen hat die Stiftung Marktwirtschaft am 23. Mai 2025 auf Gut Kaden auf Einladung von Gastgeber Dr. Lutz Peters mit renommierten Experten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft diskutiert. Nach Begrüßung der Gäste durch Dr. Peters und Einführung in das Thema durch Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort moderierte Gabor Steingart, Gründer und Herausgeber von The Poineer, die 12. Kadener Gespräche in gewohnt pointierter Manier.

Referenten

Wie fällt die wirtschaftspolitische Bilanz Deutschlands aus und welche Strukturreformen sind dringend erforderlich?

Pascal Reddig MdB
Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Peter A. Fischer
Chefvolkswirt der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)

Prof. Volker Wieland Ph.D.
Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), Mitglied des Kronberger Kreises

Wie erreichen wir mehr Wirtschaftswachstum ohne Staatswachstum?

Kay Scheller
Präsident des Bundesrechnungshofes

Yves Meyer-Bülow
Fund Partner, I Squared Capital

Prof. Dr. Justus Haucap
Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Mitglied des Kronberger Kreises

Pascal Reddig MdB

Für mehr Generationengerechtigkeit in Deutschland

„Wir haben drei Millionen Arbeitslose, gleichzeitig über eine Million offene Stellen – das passt nicht zusammen“, stellt Pascal Reddig MdB eingehend seines Vortrags fest. Die anhaltende Rezession, der Rückgang an ausländischen Direktinvestitionen und die steigende Zahl von Unternehmensinsolvenzen zeigten, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit einigen Jahren nicht gut sei. Reddig konstatiert zwar, dass nicht alle Bereiche der Wirtschaft gleichermaßen davon betroffen seien. So stehe Deutschland bei der Anmeldung neuer Patente und der Gründung von Start-ups vergleichsweise gut da. Wichtig sei jedoch, den Fokus auch auf jene großen Branchen zu legen, die den Wohlstand des Landes sicherten. Deshalb würden „Leitbranchen“ wie die verarbeitende Industrie, die Automobilindustrie und die chemische Industrie explizit im Koalitionsvertrag positiv hervorgehoben.

“Die Koalitionspartner sind fest entschlossen, die Rahmenbedingungen in Deutschland so zu setzen, dass wirtschaftlicher Erfolg und damit einhergehender Wohlstand wieder zunehmen können“, führt Reddig weiter aus. Viele der Wachstumshemmnisse seien „Made in Germany“. Zugleich verweist er auf externe Risiken, die einen wirtschaftlichen Aufschwung negativ beeinflussen könnten, wie insbesondere die Handelspolitik der USA unter Donald Trump, den Konflikt mit China sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit einem Handelsvolumen von 252 Milliarden Euro seien die USA auch in Zukunft einer der wichtigsten deutschen Handelspartner. Im Hinblick auf die angedrohten Zölle der USA und eventuelle Gegenmaßnahmen der Europäischen Union müsse dieser Umstand berücksichtigt werden. Gute Handelsbeziehungen mit den USA und anderen Drittstaaten seien ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor für Deutschland und Europa.

In Bezug auf die konkreten Inhalte des Koalitionsvertrages sei es wichtig, von ideologisch geprägten Politikstilen wegzukommen und pragmatisch die bestehenden Probleme zu lösen, wie zum Beispiel in der Energiepolitik. Dabei hob Reddig die Senkung der Stromsteuer, die Abschaffung der Gasspeicherumlage und die Einführung eines reduzierten Industriestrompreises für die energieintensive Industrie hervor. Überdies stehe das Thema Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau im Zentrum der Politik der Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, die Bürokratiekosten der Unternehmen um 25 Prozent zu senken. Dabei gehe es zudem um einen „Mentalitätswechsel“, der durch die Abschaffung von politischen Posten und den Abbau von Stellen in Ministerien bereits initiiert worden sei.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, sei politisch vereinbart worden, bis zur Sommerpause de-

gressive Abschreibungen für drei Jahre sowie ab dem Jahr 2028 eine stufenweise Senkung der Unternehmensteuer auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus sehe er weiteren Handlungsbedarf, um die Attraktivität des deutschen Wirtschaftsstandorts zu erhöhen. Reddig kritisiert die hohen Arbeitskosten und steigenden Sozialabgaben, da diese nicht nur wachstumshemmend seien, sondern auch das verfügbare Einkommen der Beschäftigten verringerten. Im Bereich Arbeit und Soziales erkenne er zwar erste gute Ansätze, wie etwa die geplante Reform des Bürgergeldes, die Aktiv- und Frühstarter-Rente sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen. Dennoch habe er sich an einigen Stellen mehr Verbindlichkeit im Koalitionsvertrag gewünscht. Vor allem beim Thema Altersvorsorge sei zu wenig Konkretes vereinbart worden. Aus seiner Sicht bestehe in der Kopplung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung eine gute Möglichkeit, die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente zu sichern. Auch eine Anpassung der Bestandsrenten orientiert an der Preis- statt der Lohnentwicklung könne zu mehr fiskalischer Nachhaltigkeit beitragen. Beides seien notwendige Schritte, um die bislang von der Politik vernachlässigte Generationengerechtigkeit in Deutschland zu verbessern.

In der nachfolgenden Diskussionsrunde mahnt Reddig, am Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel festzuhalten, welcher im Zuge des Rentenpakets II unter der Ampelregierung fast abgeschafft worden wäre. Im Koalitionsvertrag sei zwar ein Festhalten am Nachhaltigkeitsfaktor vereinbart worden, jedoch sorge das gleichzeitige Festhalten am Rentenniveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2031 für eine gewisse Widersprüchlichkeit hinsichtlich der Vereinbarkeit beider Vorhaben. „Meiner Meinung nach müssen der Nachhaltigkeitsfaktor zu Gunsten der jüngeren Generation erhöht und gleichzeitig bessere Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge geschaffen werden“, fordert der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dr. Peter A. Fischer

Von der Anspruchs- zurück zur Leistungsgesellschaft

„In jüngerer Zeit sind die Erfahrungen, die wir mit Deutschland machen, leider nicht mehr deckungsgleich mit dem positiven Bild, das wir von Deutschland haben“, eröffnet Dr. Peter A. Fischer seinen Impuls aus Schweizer Perspektive. Deutsche würden gemeinhin als korrekt, zuverlässig und strebsam gelten. Negativbeispiele wie die geringe Pünktlichkeit der Deutschen Bahn oder die langen Bauzeiten großer Infrastrukturprojekte würden jedoch an dieser Einschätzung rütteln. Deutschland habe wirtschaftlich schon deutlich bessere Zeiten erlebt. Seit Corona stagniere das Wirtschaftswachstum, die deutsche Volkswirtschaft agiere nicht mehr als die Lokomotive Europas, das Nettonationaleinkommen pro Kopf falle inzwischen um ein Drittel geringer aus als in der Schweiz. Für diese Entwicklung sei aber nicht primär ein abruptes

Ende des deutschen Geschäftsmodells verantwortlich. Der Wegfall der günstigen Energieimporte aus Russland und die sinkenden Absatzzahlen in China würden die Situation für Deutschland als Industrie- und Exportnation zwar zusätzlich verschärfen. Die eigentlichen Ursachen für den wirtschaftlichen Abstieg lägen aber deutlich tiefer.

„Ein Grund ist das schwindende Arbeitsethos der Deutschen“, erläutert der Chefökonom der Neuen Zürcher Zeitung. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit sei seit dem Jahr 2000 um 76 Stunden auf rund 1.300 Stunden pro Erwerbstätigen gesunken. In der EU-27 sowie in der Schweiz betrage diese durchschnittlich rund 1.500 Stunden, in den USA sogar mehr als 1.800 Stunden. In vielen Ländern seien die Stunden zwar aufgrund einer erhöhten Teilzeitquote gesunken, jedoch habe Deutschland bereits im Jahr 2000 eine im OECD-Vergleich deutlich unterdurchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigem gehabt. Zeitgleich seien die deutschen Arbeitnehmer mit knapp 25 Krankheitstagen pro Jahr inzwischen auch die Kränksten in Europa. Zudem wollten viele Arbeitnehmer möglichst früh in Rente gehen, was von der Politik unter anderem durch die „Rente mit 63“ gefördert werde. Von den 55- bis 64-Jährigen seien nur noch drei Viertel erwerbstätig. Weitere Fehlanreize auf dem deutschen Arbeitsmarkt führten dazu, dass trotz eines erhöhten Fachkräftemangels 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld erhielten. Das Zusammenspiel der Sozialleistungen sei derart unabgestimmt, dass die Arbeitsmotivation darunter leide und sich zusätzliches Arbeiten oft überhaupt nicht lohne.

Deutschland gebe inzwischen 20 Prozent der Wirtschaftsleistung für Sozialausgaben aus, in der Schweiz seien es bloß 13 Prozent. Dennoch nehme in Deutschland der Ruf nach dem Staat weiter zu. In den vergangenen Jahrzehnten sei Deutschland zu einer Anspruchsgesellschaft geworden, die den Staat zunehmend ein- und überfordere. Gleichheit sei häufig wichtiger als Leistung. Der staatliche Einfluss und Interventionismus habe sich auf viele Bereiche ausgebreitet. Dies zeige sich auch in der hohen Staatsquote, die in Deutschland mit rund 50 Prozent wesentlich höher läge als in der Schweiz mit lediglich 32 Prozent. Dies führe zu einer gewissen Erwartungs- und Obrigkeitshaltung der Bürger gegenüber dem Staat. Ein besonders extremes Beispiel sei die moralisierende Energiepolitik in Deutschland. Trotz der außergewöhnlich hohen staatlichen Förderung der Energiewende gehöre der deutsche Strom zum teuersten und schmutzigsten in Europa. Da Deutschland voreilig aus der Kernenergie ausgestiegen sei und der stark schwankende Strom aus Sonne und Wind die Netzstabilität gefährde, müsse ständig mit Strom aus Kohlekraftwerken oder dem Ausland ausgeglichen werden. Die deutschen Industrie- und Wirtschaftsverbände forderten jedoch nicht etwa ein kosteneffizienteres Energiesystem, sondern eine staatliche Übernahme der hohen Netzentgelte und Energiepreise. Ein durch Steuerzahler verbilligter Industriestrompreis – und nicht etwa gute ordnungspolitische Rahmenbedingungen – soll demnach die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken.

„Deutschland muss sich von einer Anspruchsgesellschaft wieder zu einer Leistungsgesellschaft entwickeln“, fordert Fischer auch in der anschließenden Diskussion. Dazu bräuchte es neben einem anderen Staatsverständnis eine Stärkung der Wettbewerbselemente im deutschen Föderalismus. Die Länder sollten in einem Wettbewerb um die besten Standortbedingungen, und nicht um die höchsten Transferzahlungen aus Berlin und Brüssel stehen. Außerdem müsse sich Arbeit wieder mehr lohnen: Der Spitzensteuersatz greife zu früh und sei zu hoch, gleiches gelte für die Unternehmensbesteuerung. Des Weiteren müsse die staatliche Verwaltung entbürokratisiert und digitalisiert werden. Es brauche weniger Staatsgläubigkeit und mehr Pragmatismus, um einen dringend benötigten Strukturwandel voranzutreiben.

Prof. Volker Wieland Ph.D.

Deutschland braucht Strukturreformen und Ausgabenkürzungen

„Deutschlands Wirtschaftsleistung stagniert auf dem Niveau des Jahres 2019“, stellt Prof. Volker Wieland, Ph.D. eingangs fest. Die Volkswirtschaften von Italien, Frankreich und den USA seien in derselben Zeit um bis zu zwölf Prozentpunkte gewachsen, gibt das Mitglied des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, zu bedenken. Insbesondere die energieintensive Industrieproduktion, wichtiger Kernbestandteil der deutschen Wirtschaft, sei in dieser Zeit deutlich zurückgegangen und verlagere sich zunehmend ins Ausland. Deutschland befinde sich in einer Strukturkrise und halte im internationalen Wachstumsvergleich die „rote Laterne“. Grund für die Abwanderung der Industrie seien schlechte Standortbedingungen, an denen auch ein vergünstigter Industriestrompreis nichts ändern werde. Eine dauerhafte Quersubventionierung von Unternehmen sei nicht nachhaltig.

Die deutsche Politik habe in der Vergangenheit die falschen Prioritäten gesetzt. Der Anteil der Sozialausgaben sowie insbesondere die Subventionen einer ineffizienten Energie- und Klimapolitik hätten stark zugenommen. Dadurch liege die deutsche Staatsquote inzwischen um rund vier Prozentpunkte höher als noch in den 2010er Jahren. Trotz des höheren Staatsanteils am BIP habe Deutschland die Infrastruktur stark vernachlässigt. Der Infrastrukturerhalt sei nicht an fehlenden öffentlichen Finanzmitteln, sondern an einer überbordenden Regulierung seitens des Staates gescheitert. Der Erfüllungsaufwand, also die Kosten und der Zeitaufwand, die durch die Befolgung gesetzlicher Vorgaben entstehen, sei seit 2011 stark angestiegen. Der jährliche Erfüllungsaufwand über alle drei Normadressaten (Bürger, Wirtschaft und Verwaltung) sei aktuell rund 27 Milliarden Euro höher als noch 2011, wobei der Anstieg mit rund 14 Milliarden Euro Mehrbelastung für die Wirtschaft am deutlichsten sei. Neben der Bürokratie belasteten hohe Steuern sowie Arbeits- und Energiekosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

„Die neue Bundesregierung sollte eine Reduzierung dieser Wettbewerbshindernisse dringend angehen“, fordert Wieland, der von 2013 bis 2022 als Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Politik beraten und über Fehlentwicklungen informiert hat. Die Steuern auf Unternehmensgewinne und Einkommen müssten gesenkt werden. Zusätzlich sollten die Lohnnebenkosten niedriger werden, was mit einer Renten- und Gesundheitsreform einhergehen müsse. Außerdem müsse die qualifizierte Fachkräftezuwanderung erleichtert sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren im Infrastrukturbereich geändert und vereinfacht werden, um

eine effektive Umsetzung gewährleisten zu können. Dafür sei eine Deregulierung in vielen Bereichen erforderlich, auch um Innovation und Produktion anzuregen. Dies betreffe Bereiche des Datenschutzes, der künstlichen Intelligenz, Gentechnik, Lieferketten und Rüstungsproduktion.

In der anschließenden Diskussionsrunde mahnt Wieland, dass die deutsche Schuldenbremse im März 2025 zu stark gelockert worden sei. Der Bund könne künftig alle Verteidigungsausgaben über ein Prozent des BIP per Kredit finanzieren, die Länder könnten sich fortan wie der Bund jährlich strukturell um 0,35 Prozent des BIP verschulden. Zusammen mit dem 500 Milliarden schweren Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität führe dies dazu, dass die Defizitquote über viele Jahre auf mehr als drei Prozent des BIP steigen und sich die Schuldenquote deutlich erhöhen werde. Beides verstoße bei einer strikten Anwendung gegen die europäischen Fiskalregeln, weshalb gegen Deutschland auf absehbare Zeit und unter normalen Umständen eigentlich ein Defizitverfahren eingeleitet werden müsste. Die Europäische Kommission habe jedoch bereits signalisiert, dass sie der Bundesregierung weit entgegenkommen werde und die Regeln möglichst flexibel anwenden wolle.

„Es ist an der Zeit, politisch umzusteuern, den Haushalt zu konsolidieren und Ausgabenbereiche zu kürzen“, fordert Wieland. Die geplante Rekordneuverschuldung sei alles andere als eine nachhaltige und solide Finanzpolitik und dürfe nicht zur Regel werden. Andere europäische Staaten wie die Schweiz, die Niederlande oder Dänemark zeigten, dass eine geringere Staatsverschuldung und niedrigere Staatsquoten durchaus mit höheren Wirtschaftswachstumsraten, öffentlichen Investitionen, einer besseren Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit einhergehen könnten. Es gebe demnach in der europäischen Nachbarschaft „Hidden Champions“, von denen Deutschland lernen könne. Dazu müsse die Bundesregierung erforderliche strukturelle Reformen zeitnah umsetzen.

Kay Scheller

Ein handlungsfähiger Staat benötigt stabile Finanzen

„Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Herausforderungen gemeistert, bei denen man sich stets darauf verlassen konnte, dass der Staat leistungsfähig ist“, konstatiert Kay Scheller in seinen einleitenden Bemerkungen. Bei der deutschen Wiedervereinigung, der globalen Finanzkrise, der europäischen Staatsschuldenkrise, der Corona-Pandemie sowie der Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine habe Deutschland jeweils große finanzielle Kraftanstrengungen unternehmen können, da der deutsche Staat auf den Kapitalmärkten eine sehr gute Bonität genieße und Bundesanleihen als sicherer Hafen gälten.

„Stabile und nachhaltige Finanzen sind wesentlich für einen handlungsfähigen Staat. Die finanzielle Stabilität Deutschlands wird aber zunehmend gefährdet“, mahnt der Präsident des Bundesrechnungshofes mit Blick auf die

Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen. Der finanzielle Spielraum des Bundes sei in den vergangenen Jahren durch Krisenfolgen, Versäumnisse bei strukturellen Reformen und einer Steigerung der konsumtiven Ausgaben zunehmend eingeengt worden. Darauf habe der Bundesrechnungshof in seinen Berichten zur Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes immer wieder hingewiesen. Die Gesamtausgaben des Bundes seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Im Haushaltsjahr 2019 hätten die Ausgaben noch rund 357 Milliarden Euro betragen, während der Bundeshaushalt 2024 eine Ausgabenhöhe von 477 Milliarden Euro vorsah. Inklusive aller Sondervermögen hätten die Ausgaben 2024 sogar knapp 560 Milliarden Euro betragen, also rund 200 Milliarden Euro mehr als fünf Jahre zuvor.

Leider sei die fiskalische Schönwetterlage der 2010er Jahre – bestehend aus steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Zinsausgaben – nicht dazu genutzt worden, den deutschen Staat schlanker und effizienter zu machen. Im Gegenteil, die jeweiligen Regierungen hätten insbesondere den Sozialstaat über die Jahre immer weiter ausgebaut und erfolgreiche Arbeitsmarktreformen wie die Hartz-Reformen teilweise wieder zurückgedreht. Zudem würden lange bekannte Probleme wie die ausufernde Bürokratie, der zunehmende Fachkräftemangel oder die mangelnde Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zwar von allen politischen Seiten stets beklagt, es sei bislang aber zu wenig dagegen unternommen worden. Dies führe dazu, dass die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und des Verteidigungsetats auf staatliche Strukturen, Verfahren und Prozesse treffe, die selbst reformbedürftig seien. Eine effiziente Mittelverwendung werde dadurch erschwert.

„Der Bund hat es versäumt, die eigenen Finanzen zu konsolidieren. Nun droht eine finanzielle Überlastung durch neue Verschuldungspakete“, warnt Scheller. Die gesamtstaatliche Verschuldung Deutschlands habe Ende 2024 bei rund 2,5 Billionen Euro gelegen. Der Bund allein sei mit mehr als 1,7 Billionen Euro verschuldet. Das im März 2025 beschlossene Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität werde die Schulden des Bundes in den kommenden 12 Jahren um bis zu 500 Milliarden Euro erhöhen. Hinzu kämen weitere Schulden durch die ebenfalls im März 2025 beschlossene Bereichsausnahme von der Schuldenregel für verteidigungs- und sicherheitspolitische Ausgaben, die ein Prozent des BIP übersteigen. Bei Erfüllung des neuen NATO-Ziels – Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent des BIP plus 1,5 Prozent des BIP für weitere verteidigungsrelevante Ausgaben – würden dadurch perspektivisch mehr als 150 Milliarden Euro jährlich an der Schuldenregel vorbei per Kredit finanziert werden.

„Kernaufgaben des Staates wie die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und die Gewährleistung einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur sollten grundsätzlich aus laufenden Einnahmen und nicht über Schulden finanziert werden“, entgegnet Scheller. Die erfolgte Schwächung der Schuldenregel würde die immer drängenderen Konsolidierungserfordernisse des Bundeshaushalts weiter hinausschieben. Der Preis der höheren Verschuldung spiegele sich in langfristig hohen Zinsausgaben wider. Diese würden sich in den kommenden fünf Jahren voraussichtlich mehr als verdoppeln.

In der nachfolgenden Diskussionsrunde sprach sich Scheller daher gegen eine weitere Lockerung der Schuldenbremse aus. Stattdessen sei es an der Zeit, die öffentlichen Haushalte langfristig solide aufzustellen. Es dürfe nicht zur Regel werden, dass der deutsche Staat seine Ausgaben immer mehr über Schulden finanziere und damit die Haushaltsspielräume der künftigen Generationen weiter einschränke. „Aus einem verteidigungspolitisch begründeten ‚Whatever it takes‘ darf kein unbegrenztes ‚Geld spielt keine Rolle‘ werden“, schlussfolgert Scheller.

Yves Meyer-Bülow

Mit privaten Investitionen die Infrastrukturwende erfolgreich gestalten

„Infrastruktur ist das stille Fundament des Wohlstands“, konstatiert Yves Meyer-Bülow, Fund Partner bei I Squared Capital, einem amerikanischen Private-Equity-Unternehmen, das sich mit einem verwalteten Vermögen von über 40 Milliarden US-Dollar auf globale Infrastrukturinvestitionen konzentriert. Die verschiedenen Infrastrukturbereiche seien für Investoren interessant, da sie als essenzielle Teile der Daseinsvorsorge stabile und planbare Cashflows erzeugten. Es handle sich um sehr kapitalintensive Investitionen, da man zumeist in physische Anlagen investiere. Außerdem gebe es hohe Markteintrittsbarrieren und häufig durch den Staat regulierte Monopolstellungen, erläutert Meyer-Bülow.

I Squared Capital investiere auf zwei Arten in Infrastruktur: Die erste sei, unterfinanzierte Unternehmen zu kaufen, in diese zu investieren und die Strukturen zu verbessern. Beispiele dafür seien Arriva, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, welches europaweit Busse und Bahnen betreibe sowie EXA, ein Unternehmen, welches aus einer Insolvenz herausgekauft wurde und Langstrecken-Glasfasernetze in Europa baue und betreibe. Die zweite Art zu investieren sei der vollständige Aufbau neuer Unternehmen. Als Beispiel dafür nennt Meyer-Bülow das Unternehmen Conrad Energy, das in Großbritannien dezentral und flexibel Strom erzeuge und mit fast einem Gigawatt Stromerzeugungskapazität inzwischen einer der größten flexiblen Energieversorger im Land sei. Auch das Unternehmen Cube Highways in Indien habe man von Grund auf entwickelt und zur größten Mautstraßenplattform des Landes ausgebaut.

„Ohne Infrastruktur funktioniert nichts“, stellt Meyer-Bülow fest. Deutschland brauche als exportorientierte Nation Wettbewerbsvorteile, um international bestehen zu können. Dazu gehörte lange die gut funktionierende deutsche Infrastruktur. Der inzwischen vergleichsweise schlechte Zustand der Infrastruktur sei darauf zurückzuführen, dass sich die öffentliche Hand einen „Investitionsurlaub“ genehmigt habe. Der deutsche Staat habe in den vergangenen 20 Jahren im Durchschnitt nur ungefähr zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Infrastruktur investiert – China habe in derselben Zeit jährlich acht bis neun Prozent investiert. Zwar habe China eine niedrigere Ausgangssituation und andere strategische Interessen gehabt, aber fünf Prozent hätte Deutschland jährlich investieren müssen, um international auf Zeit nicht den Anschluss zu verlieren. Die Hälfte der Brücken in Deutschland sei 50 Jahre alt und nicht für die heutigen Belastungen ausgelegt. Gerade bei derartiger physischer Infrastruktur seien dauerhafte Investitionen erforderlich, um Schäden an Beton und Stahl schnell reparieren und die Instandhaltung langfristig gewährleisten zu können.

Erschwerend komme hinzu, dass etwa 75 Prozent der Infrastruktur, die bis 2050 benötigt werde, in Europa noch gar nicht existiere. Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sei wichtig, um den Nachholbedarf wenigstens teilweise finanzieren zu können. Für den Großteil der notwendigen Infrastrukturinvestitionen sei jedoch privates Kapital erforderlich. Dies könne über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften oder Konzessionsmodelle geschehen. Dabei baue oder betreibe ein privater Investor beispielsweise eine Autobahn und halte diese gegen eine Gebühr instand. Nach einer im Konzessionsvertrag vereinbarten Zeit übergebe er diese in einem zuvor vereinbarten Zustand wieder an den Staat zurück, der die Autobahn dann selber betreiben oder neu an einen privaten Betreiber vergeben könne. Dadurch lägen Risiko und Gewinn bei der Privatwirtschaft, während der Staat die Eigentumsrechte behalte. Eine Alternative dazu wäre die Privatisierung mit anschließender Regulierung von Infrastruktur, wie bei einigen Flughäfen und Stromnetzen, oder Infrastruktur ganz ohne staatliche Beteiligung, wie bei Mobilfunk- und Glasfasernetzen oder Rechenzentren.

„Es gibt wenige große Infrastrukturprojekte, die vom Staat ohne hohe Kostensteigerungen oder längere Bauzeiten durchgeführt wurden“, gibt Meyer-Bülow zu bedenken. Berühmte Beispiele seien der Flughafen BER, der Hauptbahnhof Stuttgart 21 oder die Hamburger Elbphilharmonie. Kostensteigerungen und Bauverzögerungen entstünden häufig aufgrund des Fehlens von Expertise und guten Aufsichtsstrukturen in den verantwortlichen kommunalen Gremien. Außerdem würden langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland große Projekte massiv verteuern oder nicht realisierbar machen. Das private Kapital würde dann in anderen Staaten, bspw. in den USA, mit besseren politischen Rahmenbedingungen investiert werden, mahnt Meyer-Bülow. Daher sei es entscheidend, bürokratische Strukturen abzubauen, damit privates Kapital noch stärker zur Infrastrukturwende beitragen könne.

Prof. Dr. Justus Haucap

Wirtschaftswachstum ohne Staatswachstum

„Wirtschaftswachstum ohne Staatswachstum? Momentan haben wir genau das Gegenteil“, erläutert Prof. Dr. Justus Haucap. Dies liege vornehmlich an den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In internationalen Vergleichen der Wettbewerbsfähigkeit rutsche Deutschland immer weiter ab. Im IMD World Competitiveness Ranking stehe der deutsche Standort nur noch auf dem 24. Platz. Auch der 2024 veröffentlichte Draghi-Report zeige, dass die deutsche Wirtschaftsschwäche strukturelle Ursachen habe. Drei Viertel dieser Schwäche seien im mangelnden Produktivitätswachstum begründet, so das Mitglied des Kronberger Kreises.

Die geringe Anzahl von sogenannten „Einhorn-Unternehmen“, also Unternehmen, die noch keine zehn Jahre alt sind und

einen Unternehmenswert von mehr als einer Milliarde US-Dollar aufweisen, verdeutliche das Problem. Aktuell gebe es weltweit ungefähr 1.250 dieser Unternehmen, von denen über die Hälfte in den USA ansässig sei, aber lediglich 30 in Deutschland. Lukrative Innovationen entstünden hierzulande kaum noch. Von den wenigen „Einhörnern“, die in der EU zwischen 2008 und 2021 gegründet wurden, hätten ungefähr 30 Prozent Europa in Richtung USA verlassen. „Hier wird selten erfolgreich gegründet. Und wenn doch, dann verschwindet ein Drittel wieder“, fasst Haucap zusammen. Dies läge unter anderem daran, dass der europäische Kapitalmarkt zu fragmentiert sei und es in der EU nur noch wenig weltweit anerkannte Spitzenuniversitäten gebe.

Was müsse Deutschland tun, um das Produktivitätswachstum zu steigern? Haucap verweist auf die im März 2025 veröffentlichten Umfrageergebnisse des Ökonomenpanels des ifo Instituts und der FAZ. Im Rahmen dieses Panels hätten 205 Ökonomen jeweils drei Reformbereiche genannt, die die neue Bundesregierung sofort angehen müsse. Zwei Drittel der Befragten hätten den Bürokratieabbau als erstes wichtiges Vorhaben genannt. Diesbezüglich sei es lobenswert, dass die Bundesregierung acht Prozent der Stellen in den Bundesministerien nicht nachbesetzen wolle. Für eine durchschlagende Entbürokratisierung müsse aber mehr unternommen werden. Als zweites wichtiges Vorhaben sei mit 49 Prozent die Rentenreform genannt worden. Mit Blick auf einen stark steigenden Abhängigkeitsquotienten überrasche ihn diese Forderung nicht. Dieser Quotient gebe an, wie viele Personen zwischen 20 und 65 Jahren unter 20- oder über 65-Jährige finanzieren müssten und würde in den kommenden 15 Jahren von derzeit 70 auf 90 steigen. Angesichts des hohen durchschnittlichen Alters der Wahlberechtigten habe er aber große Skepsis, dass die Bundesregierung eine tiefgreifende Rentenreform umsetzen werde. Die Energie- und Klimapolitik sei mit 48 Prozent am dritthäufigsten genannt worden. Auch dies überrasche ihn nicht, da sich die preisliche

Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich weiter verschlechtert habe. Die deutschen Strompreise seien mittlerweile beim Dreifachen des asiatischen Niveaus angekommen, auch die Energiepreise in den USA seien wesentlich niedriger. Für die energieintensive Industrie sei dies ein erheblicher Wettbewerbsnachteil. Historisch könne man beobachten, dass sich energieintensive Industrien dort ansiedelten, wo günstige Energie verfügbar sei, wie früher etwa im Ruhrgebiet. In der Zukunft sei es daher wahrscheinlich, dass solche Industrien ihre Produktion verlagern würden, beispielsweise nach Schweden, wo mehr Wind und damit günstiger Wasserstoff vorhanden sei. Die Rede der neuen Bundeswirtschaftsministerin beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum habe ihm vor diesem Hintergrund gut gefallen. Sie habe den Wegfall der Stromsteuer und die systemdienliche Einspeisung der erneuerbaren Energien angekündigt. Dies sei sehr wichtig, da im vergangenen Jahr ein Drittel der Solarenergie zu negativen Preisen ins Stromnetz eingespeist worden sei. Das bedeute, dass der Steuerzahler zunächst über hohe Subventionen die Produktion des Solarstroms finanziere und dann noch einmal dafür bezahle, dass der Strom aus dem Netz entsorgt werde.

Vom Moderator auf das neu geschaffene Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität angesprochen, erläutert Haucap, dass sich zusätzliche Investitionen zunächst gut anhörten, da es unbestritten Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur gebe. Allerdings werde der Infrastrukturbegriff sehr weit gefasst. Pflegeheime und Krankenhäuser steigerten das Produktionspotenzial nicht in gleicher Weise wie Investitionen in Verkehrsinfrastruktur. Zudem sei die Zusätzlichkeit der Investitionen eher Augenwischerei und es könne nicht verhindert werden, dass zwischen dem Kernhaushalt, dem Sondervermögen und dem Klima- und Transformationsfonds fiskalische Verschiebebahnhöfe entstünden. Nun sei das Sondervermögen aber geschaffen und daher gelte es, die Mittel vernünftig auszugeben und die Effizienz der Mittelausgabe wissenschaftlichen Evaluationen zu unterziehen.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Charles Yunck

Diese Publikation ist auch über das Scannen des QR-Codes kostenlos abrufbar: